

NIEDERSCHRIFT

VERTEILER: 3.3.1. + 3.3.2.

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Hauptausschuss, HA/033/ XIII	
Sitzung am	: 30.06.2025	
Sitzungsort	: Sitzungsraum 2, Rathausallee 50, 22846 Norderstedt	
Sitzungsbeginn	: 18:15	Sitzungsende : 20:54

Öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:		
Vorsitz	: gez.	Gunnar Becker
Schrifführung	: gez.	Kim-Isabel Todt

TEILNAHMEVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 30.06.2025

Sitzungsteilnehmende

Vorsitz

Gunnar Becker

Teilnehmende

Ingrid Betzner-Lunding

Wilfried Büchner

Susan de Vrée

Katrin Fedrowitz

Marc-Christopher Giese

Doris Grote

Lasse Jürs

Angela Löw-Krückmann

für Cedric Gräper

Tobias Mährlein

Uwe Matthes

Reimer Rathje

Tobias Schloo

Katrin Schmieder

Oberbürgermeisterin

Ruth Weidler

Sven Wendorf

Verwaltung

Simone Becker

Fachbereich 201

Hauke Borchardt

Leitung Amt 13 Hauptamt

Thorsten Drews

Leitung Amt 14 Rechnungsprüfungsamt

Andreas Finster

Leitung Amt 32 Ordnungsamt

Wiebke Grabow

Vorsitzende Personalrat

Natascha Hauptmann

Fachbereich 321

Christoph Heinemann

Fachbereich 201

Max Janßen

Leitung Amt 42 Schule und Sport

Frank Kesebom

Personalrat

Thorsten Kühl

kommissarische Leitung Betriebsamt

Dr. Christoph Magazowski

Erster Stadtrat

Julia Major

Dezernat I

Mirja Peters

Dezernat II

Dieter Powitz

Leitung Amt 44 Bildung und Kultur

Jens Rapude

Leitung Amt 20 Finanzen

Kathrin Rösel

Zweite Stadträtin

Iris Schulz

Fachbereich 442

Bernd-Olaf Struppek

Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit und

Stadtmarketing

Dorthe Tetau

Fachbereich 201

Kim-Isabel Todt

Fachbereich 134, Protokoll

sonstige

Marc-Mario Bertermann
Armin Halbe
Steffen Liepold

Christine Schmid

Geschäftsführung EGNo mbH
Firma Econum
Geschäftsführung BEB in Norderstedt
gGmbH
Seniorenbeirat

Entschuldigt fehlten

Teilnehmende

Cedric Gräper

4
**VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE**

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 30.06.2025

Öffentliche Sitzung

TOP 1 :

Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

TOP 2 :

Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte

TOP 3 :

Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2025

TOP 4 :

Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 16.06.2025

TOP 5 :

Einwohnerfragestunde, Teil 1

TOP 6 : B 25/0242

Bestellung zur Rechnungsprüferin

TOP 7 :

Besprechungspunkt Vorstellung der Vorstudie für das Betriebsamt

TOP 8 : A 25/0263

Prüfauftrag zur erweiterten Nutzung der geplanten VHS-Räumlichkeiten im Bildungshaus; hier: gemeinsamer Antrag der Fraktion WiN-FW und der FDP-Fraktion vom 18.06.2025

TOP 9 : A 25/0264

Prüfauftrag zur Erweiterung der Nutzung der geplanten Räumlichkeiten im Bildungshaus; hier: Antrag der CDU-Fraktion am 18.06.2025

TOP 10 : A 25/0260

Aussetzung beschlossener Investitions-Maßnahmen; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.06.2025

TOP 11 : A 25/0261

Optimierung der Wahlkreise für die Kommunalwahl; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.06.2025

TOP 12 : A 25/0262

Prüfauftrag: Verkehrssituation Harckesheyde und Mühlenweg entschärfen; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.06.2025

TOP 13 :

Bericht zum Runderlass des Landes vom 18.06.2025 zu § 24 GemHVO zu Pensions- und Beihilferückstellungen

TOP 14 : A 25/0265

3. Nachtragshaushalt 2025 mit Aufhebung der Haushaltssperre; hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.06.2025

TOP 15 : B 25/0231

Gründung des Eigenbetriebs Strategische Flächenentwicklung zum 01.01.2026 - 2. Lesung

TOP 16 : B 25/0234

Änderung der Hauptsatzung zur Schaffung des Ausschusses Strategische Flächenentwicklung - 2. Lesung

TOP 17 : B 25/0252

Zustimmung zur außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 Gemeindeordnung (GO)

TOP 18 : B 25/0246

Beschlussvorlage zum Neubau eines Gebäudes nach dem Norderstedter Modell am Hermann-Klingenberg-Ring

TOP 19 :

Einwohnerfragestunde, Teil 2

TOP 20 :

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP 20.1 : M 25/0280

Bericht Frau Schmieder - Beantwortung der Anfrage von Herrn Rathje zum Thema "Verkehrssituation Ochsenzoller Straße" vom 02.06.2025

TOP 20.2 : M 25/0291

Bericht Frau Schmieder - Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Hauptausschuss am 02.06.2025 zur Einrichtung einer Stabstelle für Portfolio- und Projektmanagement

TOP 20.3 :

Bericht Frau Schmieder - aktualisierter Terminplan für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2026 / 2027

TOP 20.4 :

Bericht Frau Schmieder - Abschlusstour des Stadtradelns am 05. Juli 2025

TOP 20.5 :

Bericht Frau Schmieder - Beantwortung der Anfrage der FDP zum Thema Forderungsmanagement vom 02.06.2025

TOP 20.6 :

Anfrage Frau Weidler - Einhaltung der Geschwindigkeitsvorschriften in der Harckesheyde

TOP 20.7 :

Anfrage Herr Mährlein - Bildungshaus Norderstedt

TOP 20.8 :

Anfrage Frau Betzner-Lunding - Optimierung der Wahlkreise für die Kommunalwahl

TOP 20.9 :

Anfrage Herr Becker - Nutzung von städtischen Räumen durch die Musikschule

TOP 20.10 :

Bericht Herr Becker - eingereichte Einwohnerschreiben zum Thema "Hermann-Klingenberg-Ring"

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 30.06.2025

Öffentliche Sitzung**TOP 1:****Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Becker eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit bei 15 Mitgliedern fest.

Es erhebt sich kein Widerspruch gegen die Aufnahmen der anwesenden Presse.

TOP 2:**Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung sowie Entscheidung über die Nichtöffentlichkeit einzelner Tagesordnungspunkte**

Frau Weidler beantragt die Tagesordnungspunkte „Gründung des Eigenbetriebs Strategische Flächenentwicklung zum 01.01.2026“ (B 25/0231) und „Änderung der Hauptsatzung zur Schaffung des Ausschusses Strategische Flächenentwicklung“ (B 25/0234) zusammen zu behandeln.

Frau Schmieder zieht den Tagesordnungspunkt „Beschlussvorlage zum Neubau eines Gebäudes nach dem Norderstedter Modell am Hermann-Klingenberg-Ring“ (B 25/0246) zurück, da hier der vorberatende Sozialausschuss noch keinen Beschluss gefasst hat.

Frau Schmieder schlägt folgende Änderungen der Tagesordnung vor:

- Die Vorlage „Bestellung zur Rechnungsprüferin“ (B 25/0242) wird statt als TOP 15 als neuer TOP 6 behandelt.
- Der Besprechungspunkt Vorstellung der Vorstudie für das Betriebsamt wird statt als TOP 17 als neuer TOP 7 behandelt.
- Der Prüfauftrag zur erweiterten Nutzung der geplanten VHS-Räumlichkeiten im Bildungshaus (A 25/0263) wird statt als TOP 9 als neuer TOP 8 behandelt.
- Der Prüfauftrag zur Erweiterung der Nutzung der geplanten Räumlichkeiten im Bildungshaus (A 25/0264) wird statt als TOP 10 als neuer TOP 9 behandelt.
- Der Antrag zur Aussetzung beschlossener Investitions-Maßnahmen (A 25/0260) wird statt als TOP 6 als neuer TOP 10 behandelt.
- Der Antrag zur Optimierung der Wahlkreise für die Kommunalwahl (A 25/0261) wird statt als TOP 7 als neuer TOP 11 behandelt.
- Der Prüfauftrag Harckesheyde und Mühlenweg (A 25/0262) wird statt als TOP 8 als neuer TOP 12 behandelt.
- Als neuen TOP 13 beantragt sie den TOP „Bericht zum Runderlass des Landes vom 18.06.2025 zu § 24 GemHVO zu Pensions- und Beihilferückstellungen“ per Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu setzen.
- Der Antrag zum 3. Nachtragshaushalt 2025 mit Aufhebung der Haushaltssperre wird statt als TOP 11 als neuer TOP 14 behandelt.
- Die Vorlage „Gründung eines Eigenbetriebs Strategische Flächenentwicklung zum 01.01.2026“ (B 25/0231) wird statt als TOP 12 als neuer TOP 15 behandelt.

- Die Vorlage „Änderung der Hauptsatzung zur Schaffung des Ausschusses Strategische Flächenentwicklung“ (B 25/0234) wird statt als TOP 13 als neuer TOP 16 behandelt.
- Die Vorlage „Zustimmung zur außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 Gemeindeordnung (GO)“ (B 25/0252) wird statt als TOP 14 als neuer TOP 17 behandelt.

Herr Jürs beantragt, die Tagesordnungspunkte „Gründung des Eigenbetriebs Strategische Flächenentwicklung zum 01.01.2026“ (B 25/0231) und „Änderung der Hauptsatzung zur Schaffung des Ausschusses Strategische Flächenentwicklung“ (B 25/0234) heute nur in weiterer Lesung zu behandeln.

Abstimmung über die Aufnahme des neuen TOPs „Bericht zum Runderlass des Landes vom 18.06.2025 zu § 24 GemHVO zu Pensions- und Beihilferückstellungen“ per Dringlichkeit:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Abstimmung über die gemeinsame Behandlung der TOPs „Gründung des Eigenbetriebs Strategische Flächenentwicklung zum 01.01.2026“ (B 25/0231) und „Änderung der Hauptsatzung zur Schaffung des Ausschusses Strategische Flächenentwicklung“ (B 25/0234):

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Abstimmung über die Behandlung der TOPs „Gründung des Eigenbetriebs Strategische Flächenentwicklung zum 01.01.2026“ (B 25/0231) und „Änderung der Hauptsatzung zur Schaffung des Ausschusses Strategische Flächenentwicklung“ (B 25/0234) in weiterer Lesung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Abstimmung über die o.g. Änderungen in der Reihenfolge der Tagesordnung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Abstimmung über die gesamte, so geänderte Tagesordnung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 3:**Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2025**

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Hauptausschusses vom 16.06.2025 erhoben. Die Niederschrift gilt daher als genehmigt.

TOP 4:**Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung vom 16.06.2025**

Herr Becker berichtet, dass in der letzten nichtöffentlichen Sitzung die Auftragserteilung für den Kauf einer Containeranlage beschlossen wurde.

TOP 5:**Einwohnerfragestunde, Teil 1**

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 6: B 25/0242**Bestellung zur Rechnungsprüferin****Beschluss:**

Lara Timmer wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Rechnungsprüferin bestellt.

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

TOP 7:**Besprechungspunkt Vorstellung der Vorstudie für das Betriebsamt**

Herr Halbe stellt die Vorstudie für das Betriebsamt vor (**Anlage 1**).

Herr Dr. Magazowski resümiert, dass das Betriebsamt Norderstedt gut aufgestellt ist. Für eine vertiefte Studie müssten zunächst die Kriterien politisch definiert werden. Er schlägt vor, dass das Thema zu gegebener Zeit erneut besprochen wird.

Es besteht Einvernehmen entsprechend zu verfahren.

TOP 8: A 25/0263**Prüfauftrag zur erweiterten Nutzung der geplanten VHS-Räumlichkeiten im Bildungshaus; hier: gemeinsamer Antrag der Fraktion WiN-FW und der FDP-Fraktion vom 18.06.2025**

Herr Mährlein und Herr Rathje begründen den Antrag.

Der Ausschuss diskutiert.

Herr Jürs beantragt, den letzten Satz im Beschlussvorschlag des Antrages zu streichen.

Frau Weidler schlägt folgende Änderung des letzten Satzes vor:

„Die Errichtung des Bildungshauses soll fortschreiten. Bis zur Klärung wird die Verwaltung beauftragt, die bisherige Planung und Umsetzung auszusetzen, sofern sie nicht geeignet sind, neben der Stadtbücherei, der VHS und dem Stadtarchiv auch eine schulische Nutzung zu ermöglichen.“

Herr Giese beantragt, die Tagesordnungspunkte 8 und 9 hier gemeinsam zu besprechen, da sie sich um das gleiche Thema handeln.

Abstimmung über die gemeinsame Behandlung der TOPs 8 und 9:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3		1		
Nein:				2		1	
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Frau Weidler ändert den letzten Satz des Beschlussvorschlages der CDU-Fraktion (A 25/0264) wie oben aufgeführt ab.

Herr Jürs beantragt, den Antrag der CDU-Fraktion zu ändern bzw. zu ergänzen (**Anlage 2**).

Aufgrund der o.g. Änderung des letzten Satzes des Beschlussvorschlages seitens der CDU-Fraktion zieht er die Nr. 3 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zurück.

Außerdem ändert Herr Jürs die Nr. 1 des Änderungsantrages der SPD-Fraktion wie folgt:
 „1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Raum-Sharing-Konzept für alle ~~in der Nähe ansässigen~~ Schulen (~~Willy-Brandt-Schule, Grundschule Lütjenmoor, Copernicus-Gymnasium~~) entwickelt werden kann, das eine bedarfsgerechte gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten ermöglicht, ohne den Charakter und die Funktionen des Bildungshauses zu beeinträchtigen.“

Frau Rösel betont, dass das Raum-Sharing-Konzept, sowie die Prüfung einer möglichen übergangsweisen Nutzung der Bücherei Garstedt für schulische Zwecke nicht bis Oktober 2025 fertig wäre.

Herr Matthes beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird um 19.28 Uhr unterbrochen und um 19.43 Uhr fortgesetzt.

Herr Mährlein ergänzt im ersten Satz des Beschlussvorschlages das Wort „temporär“ nach dem Wort „Gymnasium Harksheide“. Außerdem ändert er den letzten Satz des Beschlussvorschlages wie von Frau Weidler vorgeschlagen wie folgt:

„Die Errichtung des Bildungshauses soll fortschreiten. Bis zur Klärung wird die Verwaltung beauftragt, die bisherige Planung und Umsetzung auszusetzen, sofern sie nicht geeignet sind, neben der Stadtbücherei, der VHS und dem Stadtarchiv auch eine schulische Nutzung zu ermöglichen.“

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und in welchem Umfang die im Bildungshaus bisher für die Volkshochschule vorgesehenen Räumlichkeiten für den Unterrichtsbetrieb des Copernicus-Gymnasiums temporär genutzt werden können.

Dabei soll insbesondere geprüft werden:

- Welche organisatorischen, baulichen oder rechtlichen Voraussetzungen sind zu beachten.
- Welche Raumbedarfe bestehen aktuell für das Copernicus-Gymnasium und könnten im Bildungshaus abgedeckt werden.
- Welche Auswirkungen ergeben sich ggfs. auf das Personalkonzept des Bildungshauses.
- Welche Möglichkeiten gibt es in der Stadt zur Nutzung weiterer Räumlichkeiten durch die VHS.

Die Errichtung des Bildungshauses soll fortschreiten. Bis zur Klärung wird die Verwaltung beauftragt, die bisherige Planung und Umsetzung auszusetzen, sofern sie nicht geeignet sind, neben der Stadtbücherei, der VHS und dem Stadtarchiv auch eine schulische Nutzung zu ermöglichen.

Abstimmung über den so geänderten Beschlussvorschlag:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5			2	1	1	
Nein:		3	3				
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 9 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

TOP 9: A 25/0264**Prüfauftrag zur Erweiterung der Nutzung der geplanten Räumlichkeiten im Bildungshaus; hier: Antrag der CDU-Fraktion am 18.06.2025**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde teilweise schon unter Tagesordnungspunkt 8 behandelt (siehe Protokollierung unter TOP 8).

Frau Rösel betont nochmal, dass das Raum-Sharing-Konzept, sowie die Prüfung einer möglichen übergangsweisen Nutzung der Bücherei Garstedt für schulische Zwecke nicht bis Oktober 2025 fertig ist. Dieses wird schnellstmöglich vorgelegt. Es erhebt sich kein Widerspruch seitens des Ausschusses.

Primär würde die temporäre Nutzung durch das Copernicus-Gymnasium untersucht werden.

Frau Weidler übernimmt den geänderten Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion (siehe TOP 8). Die zwei Punkte werden als weitere Spiegelstriche im Antrag der CDU-Fraktion aufgenommen.

Außerdem ändert sie den letzten Satz des Beschlussvorschlages wie unter TOP 8 erläutert ab.

Herr Giese weist darauf hin, dass bitte auch der Kulturausschuss über die Ergebnisse informiert wird. Frau Weidler ergänzt, dass auch der Ausschuss für Schule und Sport zu informieren ist.

Frau Schmieder weist auf eine redaktionelle Änderung hin:

Am 15.10.2025 findet keine Sitzung des Hauptausschusses statt, sondern am 13.10.2025.

Frau Weidler übernimmt die redaktionelle Änderung von Frau Schmieder.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 13.10.2025 zu erarbeiten, wie die im Bildungshaus vorgesehenen Räumlichkeiten zumindest temporär zusätzlich für den Unterrichtsbetrieb des Copernicus-Gymnasiums genutzt werden können und den entsprechenden Gremien eine Beschlussfassung vorzulegen.

Dabei soll der Charakter des Bildungshauses mit seinem Angebot von Bücherei, Stadtarchiv und Seminarraum-Angebot für die VHS sowie weitere Funktionsflächen grundsätzlich erhalten bleiben.

Insbesondere ist zu klären:

- In welchem Umfang sind Raumbedarfe am Copernicus-Gymnasium vorhanden? Wie entwickeln sich diese parallel zu dem geplanten Anbau?
- Welche Räumlichkeiten im Bildungshaus können diese Bedarfe abdecken?
- Wo kann mit welchem Nutzungskonzept eine gemeinsame Nutzung von Räumen erfolgen?
- Welche organisatorischen, baulichen oder rechtlichen Voraussetzungen sind zu beachten?
- Welche Auswirkungen ergeben sich daraus für das Betriebs- und Personalkonzept des Bildungshauses?
- Welche Möglichkeiten gibt es insbesondere für die Angebote der VHS alternative Standorte in Norderstedt zu nutzen und damit die räumliche Situation im gemeinsam genutzten Bildungshaus zu entlasten?
- Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Raum-Sharing-Konzept für alle Schulen entwickelt werden kann, das eine bedarfsgerechte gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten ermöglicht, ohne den Charakter und die Funktionen des Bildungshauses zu beeinträchtigen.
- Zusätzlich soll geprüft werden, ob die Bücherei Garstedt übergangsweise für schulische Zwecke genutzt werden kann und welche baulichen Maßnahmen dafür erforderlich wären.

Die Errichtung des Bildungshauses soll fortschreiten. Bis zur Klärung wird die Verwaltung beauftragt, die bisherige Planung und Umsetzung auszusetzen, sofern sie nicht geeignet sind, neben der Stadtbücherei, der VHS und dem Stadtarchiv auch eine schulische Nutzung zu ermöglichen.

Abstimmung über den so geänderten Beschlussvorschlag:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3				
Nein:				2		1	
Enthaltung:					1		
Befangen:							

Bei 11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

TOP 10: A 25/0260

Aussetzung beschlossener Investitions-Maßnahmen; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.06.2025

Herr Giese begründet den Antrag. Es wird beantragt, die Punkt einzeln abstimmen zu lassen.

Herr Dr. Magazowski nimmt zu den einzelnen Punkten Stellung. Bei der Erweiterung des Bauhofgeländes sollte zumindest der Tiefbau und die Trafostation fertiggestellt werden.

Der Ausschuss diskutiert.

Herr Giese ergänzt den Beschlussvorschlag wie folgt:

„4. Erweiterung Bauhof Gelände Invest.Nr. 5732002022002, bis auf Tiefbau und Trafostation“
Herr Schloo beantragt, die Beschlussfassung zu Nr. 3 zu vertagen.

Herr Dr. Magazowski bietet an, eine grobe Übersicht über die Planungen/Ansätze für den Ausbau und Herstellung von Straßen herzureichen, um konkretere Informationen für eine Entscheidungsfindung zu haben.

Herr Giese zieht die Nr. 3 des Beschlussvorschlages daraufhin zurück. Das Thema wird in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses erneut auf die Tagesordnung gesetzt (mit der o.g. Übersicht).

Beschlussvorschlag

Wir beantragen, die folgenden Investitionen auszusetzen und die Umsetzung dieser Maßnahmen nicht weiter zu verfolgen:

1. Planung und Umsetzung des Umkleidehauses Sportanlage Glashütte Invest.Nr. 4240002022001
2. Hökertwiete - Kanal- und Straßenbau Invest.Nr. 5410002020001
4. Erweiterung Bauhof Gelände Invest.Nr. 5732002022002, bis auf Tiefbau und Trafostation
5. Bau einer P+R-Anlage an der Lawaetzstraße, zur AKN-Haltestelle Friedrichsgabe Invest.Nr. 5460002020002

Abstimmung über Nr. 1:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	4		3		1	1	
Nein:		3		2			
Enthaltung:	1						
Befangen:							

Bei 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Abstimmung über Nr. 2:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:			3				
Nein:	5	3		2		1	
Enthaltung:					1		
Befangen:							

Bei 3 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung über Nr. 4 in der geänderten Fassung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3		1	1	
Nein:				2			
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 13 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

Abstimmung über Nr. 5:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

Somit wurde insgesamt Folgendes beschlossen:

„Wir beantragen, die folgenden Investitionen auszusetzen und die Umsetzung dieser Maßnahmen nicht weiter zu verfolgen:

1. Planung und Umsetzung des Umkleidehauses Sportanlage Glashütte Invest.Nr. 4240002022001
4. Erweiterung Bauhof Gelände Invest.Nr. 5732002022002, bis auf Tiefbau und Trafostation
5. Bau einer P+R-Anlage an der Lawaetzstraße, zur AKN-Haltestelle Friedrichsgabe Invest.Nr. 5460002020002“

TOP 11: A 25/0261**Optimierung der Wahlkreise für die Kommunalwahl; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.06.2025**

Frau Betzner-Lunding begründet den Antrag.

Frau Schmieder schlägt vor, den Antrag in eine Anfrage umzuwandeln, da hierzu eine kurzfristige Antwort zu Protokoll möglich ist.

Frau Betzner-Lunding nimmt den Vorschlag an. Der Antrag wird zurückgezogen und dann später als Anfrage unter „Berichte und Anfragen – öffentlich“ eingereicht.

TOP 12: A 25/0262**Prüfauftrag: Verkehrssituation Harckesheyde und Mühlenweg entschärfen; hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.06.2025**

Herr Jürs begründet den Antrag. Er streicht die Nr. 2 des Beschlussvorschlages.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob

1. in der Harckesheyde ganz oder abschnittsweise aus Lärmschutzgründen Tempo 30 angeordnet werden kann, verbunden mit Kontrollen seitens des Ordnungsamtes.

Abstimmung über den so geänderten Beschlussvorschlag:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3				
Nein:				2	1	1	
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen.

TOP 13:**Bericht zum Runderlass des Landes vom 18.06.2025 zu § 24 GemHVO zu Pensions- und Beihilferückstellungen**

Frau Schmieder berichtet zum Runderlass des Innenministeriums zum Thema "Pensions- und Beihilferückstellungen" (**Anlage 3**). Die Verwaltung prüft aktuell, welche Auswirkungen dieser Erlass auf den aktuellen Haushalt bzw. auch auf den Jahresabschluss 2024 der Stadt Norderstedt hat. Die Ergebnisse der Prüfung werden dem Hauptausschuss noch vor der Sommerpause mitgeteilt.

Fragen der Mitglieder werden direkt beantwortet.

TOP 14: A 25/0265**3. Nachtragshaushalt 2025 mit Aufhebung der Haushaltssperre; hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 18.06.2025**

Frau Weidler begründet den Antrag.

Herr Rapude erläutert, dass ein seriöser 3. Nachtragshaushalt zur Stadtvertretung am 22.07.2025 zeitlich nicht möglich ist. Er schlägt vor, dass dieser zur Stadtvertretung am 07.10.2025 vorgelegt wird.

Herr Mährlein schlägt vor, im Beschlussvorschlag den Satzteil „zur Stadtvertretung am 22.7.2025“ in „zum Hauptausschuss am 15.09.2025“ zu ändern.

Frau Weidler übernimmt die o.g. Änderung. Außerdem wird der Satzteil „, durch den die Haushaltssperre aufgehoben wird“ gestrichen, da die Haushaltssperre erst mit dem anschließenden Beschluss der Stadtvertretung enden würde.

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt, dass die Oberbürgermeisterin zum Hauptausschuss am 15.09.2025 einen 3. Nachtragshaushaltsentwurf 2025 vorlegt.

Abstimmung über den so geänderten Beschlussvorschlag:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig beschlossen.

TOP 15: B 25/0231**Gründung des Eigenbetriebs Strategische Flächenentwicklung zum 01.01.2026
- 2. Lesung**

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 16 behandelt.

Der Ausschuss diskutiert die Vor- und Nachteile der Gründung eines eigenen Ausschusses oder ob das Thema einem bereits bestehenden Ausschuss zugeordnet wird, beispielsweise dem Hauptausschuss oder dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr.

Herr Becker regt hierzu weitere Gespräche der Fraktionen untereinander an.

Herr Rapude merkt an, dass eine Beschlussfassung vor den Sommerferien wünschenswert wäre, um genügend Zeit für die Gründung des Eigenbetriebs und ggf. Ausschussbildung zu haben.

Die beiden Vorlagen B 25/0231 und B 25/0234 werden zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 14.07.2025 erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

TOP 16: B 25/0234**Änderung der Hauptsatzung zur Schaffung des Ausschusses Strategische Flächenentwicklung - 2. Lesung**

Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 15 behandelt (siehe Protokollierung unter TOP 15).

TOP 17: B 25/0252**Zustimmung zur außerplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 Gemeindeordnung (GO)**

Fragen der Mitglieder werden direkt beantwortet.

Beschluss:

1. Die Zustimmung zur Leistung folgender außerplanmäßiger Auszahlung im Haushaltsjahr 2025 für die Brandmeldeanlage in Zusammenhang mit der Maßnahme Außentreppe im Objekt Jugendhaus Buschweg (Muku) wird gem. § 80 Gemeindeordnung (GO) erteilt.

Produktkonto	Investitionsnr.	Bezeichnung	Betrag
366000.785139	3660002025001	Außentreppe Jugendhaus Buschweg (Muku)	40.000 €

Die Deckungsmittel stehen im Haushaltsjahr 2025 durch Minderauszahlungen wie folgt zur Verfügung

Produktkonto	Investitionsnr.	Bezeichnung	Betrag
218000.783199	2180002020005	SZ Nord – Einrichtungskosten im Zuge des An- und Umbaus (Anteil Gemeinschaftsschulen)	40.000 €

Abstimmung:

	CDU	SPD	B90/Die Grünen	WiN-FW	AfD	FDP	Sonstige
Ja:	5	3	3	2	1	1	
Nein:							
Enthaltung:							
Befangen:							

Bei 15 Ja-Stimmen einstimmig als Empfehlung für die Stadtvertretung beschlossen.

TOP 18: B 25/0246**Beschlussvorlage zum Neubau eines Gebäudes nach dem Norderstedter Modell am Hermann-Klingenberg-Ring**

Dieser Tagesordnungspunkt wird heute nicht behandelt (siehe TOP 2).

TOP 19:**Einwohnerfragestunde, Teil 2**

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 20:**Berichte und Anfragen - öffentlich****TOP 20.1: M 25/0280****Bericht Frau Schmieder - Beantwortung der Anfrage von Herrn Rathje zum Thema "Verkehrssituation Ochsenzoller Straße" vom 02.06.2025****Sachverhalt:**

Anfrage:

Herr Rathje fragt nach dem Sachstand hinsichtlich seiner Anfrage in der Sitzung des Hauptausschusses am 07.04.2025 zur Verkehrssituation in der Ochsenzoller Straße.

Antwort der Verwaltung:

Herr Rathje hatte in der Sitzung am 07. April 2025 darauf hingewiesen, dass das Verkehrsaufkommen in der Ochsenzoller Straße infolge der Baumaßnahmen am Knotenpunkt Friedrichsgaber Weg / Friedrich-Ebert-Straße deutlich zugenommen habe. Zudem sei es für Fußgänger – insbesondere vom Edmund-Plambeck-Stadion kommend – schwierig, die Straße sicher zu überqueren, um die gegenüberliegende Bushaltestelle zu erreichen.

Die Verwaltung hat diese Hinweise zum Anlass genommen, die Polizei über die Situation zu informieren. Diese führt Kontrollen in eigener Zuständigkeit durch und hat angekündigt, im Spätsommer vor Ort tätig zu werden.

Darüber hinaus wird die Stadt in den kommenden Wochen verdeckte Geschwindigkeitsmessungen mittels Seitenradar durchführen, um ein objektives Bild der tatsächlichen Verkehrssituation zu erhalten.

Die Auswertung der polizeilichen Unfallstatistik der letzten fünf Jahre zeigt, dass es in diesem Bereich bislang erfreulicherweise keine auffälligen Vorkommnisse im Zusammenhang mit überhöhter Geschwindigkeit gab. Die Mehrzahl der registrierten Verkehrsunfälle waren sogenannte S3-Unfälle – hierbei handelt es sich um Bagatellschäden wie Spiegelberührungen mit parkenden Fahrzeugen. Lediglich ein Unfall mit Beteiligung eines Fußgängers wurde verzeichnet.

Für Fußgänger, die sich beim Queren der Ochsenzoller Straße unsicher fühlen, besteht die Möglichkeit, die etwa 180 Meter entfernte Fußgängersignalanlage an der Kreuzung Alte Dorfstraße / Schwarzer Weg zu nutzen.

Insgesamt ist nach Einschätzung der Verwaltung derzeit keine akute Gefährdungssituation durch die Umleitungsverkehre erkennbar. Die Entwicklung wird jedoch weiterhin beobachtet.

TOP 20.2: M 25/0291

Bericht Frau Schmieder - Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion im Hauptausschuss am 02.06.2025 zur Einrichtung einer Stabsstelle für Portfolio- und Projektmanagement

Sachverhalt:

1. Hat die Verwaltung bereits geprüft, ein zentrales, hausinternes PMO als Stabsstelle zur übergeordneten Projektsteuerung einzurichten? Wenn nein, warum nicht?

Die Etablierung eines zentralen Projektmanagement Office (PMO) wird im Rahmen der gegenwärtigen Überprüfungen und Strukturüberlegungen bereits mitgedacht. Eine formale Entscheidung oder vollständige konzeptionelle Ausarbeitung liegt derzeit jedoch noch nicht vor. Die Notwendigkeit, Projekte zentral zu steuern, ist für die Verwaltung ein wichtiges Thema, gerade bei größeren, komplexen Vorhaben wie Digitalisierungsprojekte oder Bauvorhaben, die verschiedene Ämter betreffen.

2. Welche konkreten Vorteile sieht die Verwaltung in einem solchen Ansatz?

Ein zentral aufgestelltes PMO kann aus Sicht der Verwaltung unter geeigneten Rahmenbedingungen einen erheblichen Mehrwert leisten. Vorteile liegen u. a. hier:

- Etablierung standardisierter Projektmanagementmethoden,
- übergreifende Steuerung und Priorisierung von Vorhaben,
- Unterstützung der Fachämter durch methodische und operative Entlastung,
- verbesserte Transparenz und Ausschöpfung in Bezug auf Zeit-, Ressourcen- und Kostenverläufe,
- gezielte Verzahnung mit den finanziellen Steuerungsinstrumenten.

Gleichwohl gilt es auch folgendes zu beachten:

Ein PMO funktioniert nur, wenn die Aufgaben, Zuständigkeiten und die Anbindung an die Verwaltungsleitung geregelt sind. Zudem ist es in vorhandene Abläufe zu integrieren, damit keine zusätzlichen Schnittstellen und Parallelstrukturen entstehen. Unterschiedliche Projektarten, z.B. Bauvorhaben oder Digitalisierung der Verwaltung haben sehr unterschiedliche Anforderungen. Ein „Modell für alle“ ist daher nicht einfach übertragbar.

3. Welche Voraussetzungen (personell, organisatorisch, haushälterisch) wären für eine Umsetzung erforderlich?

Für ein funktionierendes PMO braucht es mehrere Voraussetzungen:

- klare organisatorische Einbindung und ein entsprechendes Mandat
- fachlich qualifiziertes Personal mit Projektmanagement-Erfahrung
- technische Unterstützung/ Softwarelösungen
- haushalterische Verankerung im Haushalts- und Stellenplan

Ein schrittweiser Aufbau, der sich flexibel weiterentwickeln lässt, ist dabei sinnvoller, als ein vollständig ausgebautes PMO

4. Wie hoch schätzt die Verwaltung den personellen Mindestbedarf für ein funktionsfähiges PMO?

Wie viele Mitarbeitende ein PMO mindestens braucht, hängt stark von der Anzahl, der Art und Komplexität der betreuten Projekte ab. Aufgrund unterschiedlicher Projektlandschaften in der Verwaltung lässt sich aktuell kein pauschaler Personalbedarf festlegen. Wichtig ist allerdings ein bedarfsgerechter und schrittweiser Aufbau mit regelmäßiger Evaluation.

5. Aus welchen derzeit nicht besetzten Stellen (ggf. aus unterschiedlichen Fachämtern) könnten für den Aufbau eines solchen PMOs sinnvoll Kapazitäten umgewidmet werden?

Im Rahmen der derzeitigen Organisationsanalyse wird geprüft, ob sich Aufgaben neu sortieren und bündeln lassen, um Kapazitäten hierfür bereitstellen zu können. Welche konkreten Stellen sich dafür eignen könnten, wird im weiteren Verlauf der Analyse im Gesamtzusammenhang betrachtet werden.

Fazit:

Die aufgezeigten Zielsetzungen, insbesondere mit Blick auf Effizienzsteigerung, Transparenz und Ressourcenschonung entsprechen dem Selbstverständnis und den laufenden strategischen Überlegungen der Verwaltung, insbesondere im Rahmen aktueller Prozesse zu Synergieschaffung, Aufgabenkritik, Aufgabenbündelung und Organisationsentwicklung. Die Einführung eines zentralen PMO wird daher als sinnvoll angesehen. Eine differenzierte Prüfung unter Berücksichtigung der aufgezeigten Chancen, aber auch der strukturellen, organisatorischen und personellen Anforderungen wird im Rahmen der laufenden Verwaltungsmodernisierungsprozesse vorgenommen.

TOP 20.3:

Bericht Frau Schmieder - aktualisierter Terminplan für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2026 / 2027

Frau Schmieder gibt den aktualisierten Terminplan für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2026/2027 als **Anlage 4** zu Protokoll.

TOP 20.4:**Bericht Frau Schmieder - Abschlusstour des Stadtradelns am 05. Juli 2025**

Frau Schmieder lädt die Anwesenden herzlich ein, sie auf die Abschlusstour zum Ende des STADTRADELNS 2025 am 05. Juli 2025 zu begleiten. Die Abschlusstour startet um 14 Uhr auf dem Rathausmarkt.

TOP 20.5:**Bericht Frau Schmieder - Beantwortung der Anfrage der FDP zum Thema Forderungsmanagement vom 02.06.2025**

Frau Schmieder gibt die Beantwortung der Anfrage von Herrn Mährlein zum Thema Forderungen als **Anlage 5** zu Protokoll.

TOP 20.6:**Anfrage Frau Weidler - Einhaltung der Geschwindigkeitsvorschriften in der Harckesheyde**

Frau Weidler gibt eine Anfrage zum Thema „Einhaltung der Geschwindigkeitsvorschriften in der Harckesheyde“ als **Anlage 6** zu Protokoll.

TOP 20.7:**Anfrage Herr Mährlein - Bildungshaus Norderstedt**

Herr Mährlein gibt eine Anfrage zum Bildungshaus Norderstedt als **Anlage 7** zu Protokoll.

Die Beantwortung wird zu Protokoll gegeben:

- **Anlage 8:** Beantwortung der Anfrage der FDP-Fraktion zum BiNo
- **Anlage 9:** Auflistung aktuell genutzte Kursräume der VHS
- **Anlage 10:** Wochenvergleich V-U5
- **Anlage 11:** Wochenvergleich V-103

TOP 20.8:**Anfrage Frau Betzner-Lunding - Optimierung der Wahlkreise für die Kommunalwahl**

Frau Betzner-Lunding gibt eine Anfrage zur Optimierung der Wahlkreise für die Kommunalwahl als **Anlage 12** zu Protokoll.

Beantwortung zu Protokoll:

Die Anzahl der Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern richtet sich nach § 8 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetz (GKWG). Bei kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 45.000 Einwohnern liegt die Anzahl bei insgesamt 39 Vertretenden, davon 20 unmittelbare und 19 Listenvertretende. Gem. § 9 des GKWG werden in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern so viele Wahlkreise gebildet, wie unmittelbare Vertreterinnen und Vertreter nach § 8 GKWG zu wählen sind. Eine Abweichung von den 20 Wahlkreisen, bzw. 39 Vertretenden Personen ist aktuell gemäß dem Gemeinde- und Kreiswahlgesetz nicht möglich. Ursächlich für die aktuell 57 Sitze in der Stadtvertretung ist der Verhältnisausgleich nach § 10 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz. Die Sitzverteilung wird durch Überhang- und Ausgleichsmandate so angepasst, dass die Verhältnismäßigkeit prozentual wiederhergestellt wird.

TOP 20.9:

Anfrage Herr Becker - Nutzung von städtischen Räumen durch die Musikschule

Herr Becker bittet um Klärung, ob und wie die Musikschule die Möglichkeit erhält, die städtischen Räume nutzen zu können.

TOP 20.10:

Bericht Herr Becker - eingereichte Einwohnerschreiben zum Thema "Hermann-Klingenberg-Ring"

Herr Becker gibt zwei Schreiben von Einwohnern zum Thema „Hermann-Klingenberg-Ring“, die an den Hauptausschuss adressiert sind, als **Anlagen 13 und 14** zu Protokoll.